

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 9 (1968)
Heft: 11

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Private Fabrik in Jugoslawien

In Jugoslawien ist Ende Mai die erste private Fabrik eröffnet worden. Es handelt sich um einen Textilbetrieb in der kroatischen Stadt Slavonska Orahovica. Das Unternehmen beschäftigt in zwei Schichten rund 120 Arbeiterinnen.

Es handelt sich um die erste Fabrik, die in Jugoslawien mit privatem Kapital gebaut worden ist. Die Investitionssumme von zwei Millionen neue Dinar wurde von vier Männern aufgebracht: Mija Sukovljevic aus Osijek, Mirko Bosnic aus Novi Sad, Konstantin Milenkovic aus Paracin und Stjepan Vebale aus Orahovica. Der Gedanke, eine eigene Fabrik zu bauen, kam ihnen, als sie hörten, dass die Textilfabrik in Paracin ihre alten Maschinen verkaufen wollte.

Das Projekt war von der Gemeindeverwaltung sehr positiv aufgenommen worden, da Orahovica keine eigene Fabrik besitzt und ihren 19 000 Einwohnern nur 3000 Arbeitsplätze anzubieten hat, 2000 zu wenig. So wurde den Initiatoren (wir folgen der Darstellung von «Borba», Belgrad) sofort ein Gebäude zu günstigem Mietzins zur Verfügung gestellt und Steuererleichterungen zugesichert. Sonst geht die Stadt dem Privatunternehmen gegenüber keine Verpflichtungen ein und übernimmt auch keine Risikogarantie für den Produktionsabsatz.

Die privaten Fabrikbesitzer haben ihrerseits den Behörden zugesichert, dass der Betrieb nach den Prinzipien der Arbeiterselbstverwaltung geleitet und organisiert wird. Er wird in Verwaltung und Organisation gleich funktionieren wie andere jugoslawische Fabriken, nur dass die Investitionen nicht einer Bank, sondern den privaten Geldgebern zurückbezahlt werden — erklärt «Borba». Dass dieser kleine Unterschied eigentlich den wesentlichen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellt, wird von der Parteizeitung nicht vermerkt. Dafür vermerkt sie mit Betonung, dass es den Investoren, die in ihrer Fabrik zu einem festen Lohn arbeiten, nicht gleichgültig sein werde, ob der Betrieb mit Gewinn oder Verlust arbeite. Na, wenn das wieder das Kriterium wird, hätte man sich unterwegs einige Millionen Menschenleben sparen können.

Die Praxis werde zeigen, führt «Borba» weiter aus, ob sich in Jugoslawien eine solche Fabrik rentieren werde. Die privaten Investoren hätten darauf zu achten, dass die Produktion Gewinn abwerfe, und die Behörden hätten darauf zu achten, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht missbraucht würden. Den Ausdruck «sozialistische Produktionsverhältnisse» in diesem Zusammenhang braucht, wie gesagt, die «Borba».

Die Praxis werde zeigen, führt «Borba» weiter aus, ob sich in Jugoslawien eine solche Fabrik rentieren werde. Die privaten Investoren hätten darauf zu achten, dass die Produktion Gewinn abwerfe, und die Behörden hätten darauf zu achten, dass die sozialistischen Produktionsverhältnisse nicht missbraucht würden. Den Ausdruck «sozialistische Produktionsverhältnisse» in diesem Zusammenhang braucht, wie gesagt, die «Borba».

Kapitalisten aller Länder, emigriert in die sozialistischen Länder, denn dort habt Ihr Zukunft!

Massenentlassungen in Ungarn

«So etwas geschah seit 1945 zum erstenmal», schrieb die ungarische Hauptzeitung «Nepszabadsag». In den nordungarischen Kohlengruben kam es zu Massenentlassungen; in Nograd wurden 3360 Bergleute arbeitslos.

In der Lageschilderung von «Nepszabadsag» heisst es: Die Weisung des Ministeriums für Schwerindustrie, dass die Kohlenförderung im Revier von Nograd um 300 000 Tonnen reduziert werden müsse, schlug wie ein Blitz aus heiterem Himmel ein. Da an dieser Anordnung nicht zu rütteln war, musste die ganze Struktur der Produktion abgeändert werden. 350 Bergleute wurden mit einem Schlag überflüssig. Denen, die am entbehrlichsten waren, wurde das Arbeitsbuch (das beim Arbeitgeber deponiert ist und dem Arbeitnehmer bei der Entlassung ausgehändigt wird. Anm.) in die Hand gedrückt. So etwas geschah seit 1945 zum erstenmal.

In Kistereny, Nagybatony, Mizserfa und in den andern Bergarbeitersiedlungen erhob sich ein Sturm der Empörung. Die Massenentlassungen, die im gegenwärtigen Regime ohne Präzedenzfall sind, lösten den Unmut der Bergarbeiter aus.

Erst auf Grund der Diskussion am 9. Parteikongress setzte sich die Erkenntnis durch, dass es sich um keine gegen die Bergarbeiter gerichtete Massnahme handelte, sondern um eine auf der ganzen Welt um sich greifende Erscheinung (sie war kommunistischer-

seits, besonders bezüglich des Ruhrgebietes, als monströses kapitalistisches Verbrechen dargestellt worden).

Die Situation in Nograd ist ungünstiger als in den andern Kohlenrevieren des Landes. Der Staat erleidet dort bei jedem Gramm geförderter Kohle einen Verlust. Infolge der Produktionseinschränkung wurden 3360 Bergleute arbeitslos.

Es werden umfangreiche Massnahmen zur Regelung der Situation der entlassenen Bergleute getroffen. Das Pensionierungsalter wurde um fünf Jahre herabgesetzt, bei Versetzung in den Ruhestand infolge Invalidität wurden die massgebenden Bestimmungen gemildert. 960 Arbeitnehmer wurden auf diese Weise abgefertigt. 138 Personen wurden von Arbeitsplätzen unter Tag zur Arbeit über Tag versetzt. Mehrere fanden Arbeit in andern Kohlenbergwerken, 156 jüngere Bergleute konnten Stellen in der DDR annehmen. 1400 kamen in der Industrie unter, wobei sie allerdings am neuen Arbeitsplatz um 1000 bis 1500 Forint weniger verdienen als früher.

Die Umstellung hätte zweifellos leichter erfolgen können, wäre sie nicht so plötzlich gekommen. Vor 6 bis 8 Jahren, als man die Entwicklung noch

nicht voraussehen konnte, wurde zum Beispiel mit einem Aufwand von 100 Millionen Forint eine Kohlensortieranlage errichtet, die jetzt überflüssig ist. Viele Millionen kostete auch die Modernisierung einer Grube, die jetzt gleichfalls geschlossen wurde. Mit diesen Millionen hätte man neue Industriebetriebe errichten und so neue Arbeitsplätze schaffen können. (sc)

Meinung mit Vorsicht

Nur jeder fünfte Budapester Intellektuelle will die Einheit des sozialistischen Lagers. Dies war eines der Ergebnisse einer anonymen Meinungsbefragung, welche das Budapester Komitee der vaterländischen Front durchführte. Die Fragebogen, die sich mit internationalen Ereignissen befassten, wurden an 2560 Budapester Intellektuelle verschickt, namentlich Juristen, Aerzte, Künstler und Lehrer. Von den Fragebogen kamen nur 409 ausgefüllt zurück, knapp ein Sechstel. Lediglich 27 der 410 befragten Künstler liessen den Organisatoren ihre Antwort zukommen. Der Grossteil der Fragebogen wurde mit der Post zurückgesandt; immerhin stellten sich daneben 260 Personen für ein persönliches Interview zur Verfügung.

Die Zeitung «Magyar Nemzet», die über die Meinungsbefragung berichtet, vermerkt, es seien etliche Fragebogen mit verstellter Schrift ausgefüllt worden, obwohl die Antworten anonym abgegeben werden konnten. Dies lasse darauf schliessen, dass «unter uns Menschen leben, die Politik als eine heikle Angelegenheit betrachten und ihre Meinung nur vorsichtig äussern, als ob sie Vergeltung zu befürchten hätten». Dies decke sich übrigens mit den Erfahrungen, die man in der Journalistenpraxis mache. Häufig werde einer Meinungsäusserung zugefügt: «Bitte, schreiben Sie das aber nicht» oder «Ich habe das als Privatmann gesagt.» Auf die Gründe für das festgestellte Misstrauen geht die Zeitung nicht weiter ein, notiert aber noch ein besonderes Indiz für seine weite Verbreitung: «Merkwürdigerweise hört man solche Äusserungen auch dann, wenn sich die vorgebrachten Ansichten mit der offiziellen Auffassung decken.» Fast ausnahmslos waren die Befragten der Meinung, dass sich das internationale Kräfteverhältnis im Verlauf der letzten 15 bis 20 Jahre zugunsten der sozialistischen Gesellschaft verschoben hat; nur 0,9 Prozent sahen einen Terraingewinn der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Ereignisse in China legten die Befragten grossteils als Schwächung des sozialistischen Lagers aus. Nur 4,3 Prozent fanden, dass die chinesische Politik überhaupt als sozialistisch zu bezeichnen sei. 17 Prozent meinten, die chinesische Entwicklung habe nicht viel zu bedeuten, da Peking seinen Standpunkt gegenüber dem Kapitalismus nicht geändert habe.

Zum Lebensstandard meinten 40 Prozent, dass er in den sozialistischen Ländern immer gleich hinter den kapi-

talistischen zurückbleibe, während wiederum 40 Prozent fanden, er hebe sich in den sozialistischen Ländern rascher als in den kapitalistischen. Einige der Befragten erklärten, er sei in den sozialistischen Ländern schon jetzt höher.

Unter den jüngeren Budapester Intellektuellen messen die meisten der UNO keinerlei Bedeutung bei und halten sie für eine nichtssagende sterile Organisation. Vom Vietnamkrieg sind 13 Prozent überzeugt, dass er «Vietnam» einen baldigen Sieg bringen werde, während 24,8 Prozent ihm eine lange Dauer prophezeien. Gut die Hälfte der Befragten, nämlich 53 Prozent, glaubt an gegenseitige Konzessionen der Kriegführenden, und 0,9 Prozent rechnen mit einem Sieg der Amerikaner. Die Fragestellung enthielt offenbar keine Möglichkeit zur Meinung, dass die Amerikaner keinen Krieg gegen Vietnam führten.

Ein weiterer Fragenkomplex betraf die Aussenpolitik Ungarns. Darauf trafen 20 verschiedene Antworten ein, von denen «die meisten positiv» waren. 1,4 Prozent sprachen sich für Paktfreiheit aus, und 19,2 Prozent traten für die Einheit des sozialistischen Lagers einschliesslich des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, Comecon) und des Warschauer Paktes ein.

Sätze aus der CSSR

Immer wieder hört man (früher von kommunistischer Seite, jetzt von beliebiger Seite) das Argument, der Terror nach einer kommunistischen Machtergreifung sei eine bedauerlicherweise unvermeidbare Etappe, die zur nächsten, besseren führe und schliesslich zur guten sozialistischen Gesellschaft. Hören wir, was die tschechoslowakische Schriftstellerin und Vorkriegskommunistin Zora Jenesska (in «Kulturny Zivot», Bratislava) dazu zu sagen hat:

«In der letzten Zeit hörte ich häufig sagen, eine gewisse Einschränkung der Freiheiten sei nach dem Februar 1948 wie in jeder Revolution unvermeidbar gewesen; nur habe dann die Periode der Diktatur zu lange gedauert. Es ist an der Zeit, dass wir mit dieser Selbsttäuschung aufhören. Gewiss, jede Revolution ist ein vorübergehender Ausnahmezustand, aber in unserem Land wurden keine Freiheiten nur vorübergehend aufgehoben. Denn das stalinistische Modell des Sozialismus, das bürokratische Polizeisystem, etablierte sich als etwas Permanentes. Man sagte keineswegs, dass die Freiheiten für eine gewisse Zeit beschnitten werden müssten. Vielmehr erklärte man, dass dies die vollkommene Freiheit sei, und wer das nicht glaubte, war ein Feind des Volkes.»

(Ja, und in der UdSSR etwa wird man heute noch, 51 Jahre nach der Revolution, auf Grund genau dieser Kriterien zum Feind des Volkes erklärt, wenn man mit dem Glauben Schwierigkeiten macht.)

«Wir brauchen uns nicht deshalb zu schämen, weil wir nur das halbe Na-

tionaleinkommen westlicher Länder haben, wohl aber deshalb, weil wir weniger als die Hälfte ihrer bürgerlichen Rechte haben.» (Ivan Svitak in «Student», Prag.)

«In der noch immer nicht überall und noch lange nicht in jeder Hinsicht überwundenen Stalinschen Ära wurde die kommunistische Theorie primitivisiert und vielfach gepredigt wie eine Heilslehre. Infolgedessen gerieten Agitation und Propaganda nicht selten in groteskem Widerspruch zu den Tatsachen. Solche Erscheinungen haben ihre eiserne Logik: Wer die Entwicklung nur unvollkommen erfasst oder sich gar unbequem neuen Tatsachen versperrt, dessen Theorie beginnt bald verdächtig einer Religion zu ähneln. Dann zeigt die von dieser Krankheit befallene Partei binnen kurzem den bedenklichen Hang, ihre Führer zu verkulten, zu einer Kirche zu entarten, samt Priesterweihe und dem von einem engen Personenkreis erhobenen Anspruch, allein die reine Lehre zu verkünden und auszuliegen.

Kein Kult ohne Katechismus. So ein Katechismus war der ‚Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)‘. Abgesehen von vielen Geschichtsfälschungen enthält dieses neben der Bibel und jetzt vielleicht dem aus Mao-Tse-tung-Zitaten zusammengekleisterten ‚Roten Büchlein‘ meistverbreitete Buch der Erde einen unlöslichen Widerspruch: Es beginnt mit der Darstellung des Kampfes, den die ersten russischen Marxisten gegen die von den vormalistischen russischen Revolutionären entwickelte Theorie des Heldenkults führten — und endet mit dem Stalinkult. Auf jeden Kult folgen aber unausweichlich ‚Kulturrevolutionen‘ und Ketzergerichte. Justiz und Polizei degenerieren zur Inquisition. Wir haben das ja erlebt.» (Karl Frankl in der «Volkszeitung», Prag.)

Weniger Westliteratur in der DDR

Der Leiter der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel beim Ministerium für Kultur der DDR, Bruno Haid, hat die Verlage aufgefordert, die Uebnahme westlicher Literatur verstärkt von politischen Gesichtspunkten abhängig zu machen. Es könne bei der Uebnahme von Werken aus ausländischen Literaturen nicht genügen, «eine kritische Haltung gegenüber dem Kapitalismus zum alleinigen Kriterium zu erheben und geflissentlich zu übersehen», wenn diese Bücher den Verlust der Fähigkeit des Menschen, in die Geschichte einzugreifen, nur registrieren und auf diese Weise die Entfremdung des Menschen zu seinem ewigen Schicksal erklären». Haid erklärte weiter: «Diese Literatur gibt dem Leser nicht Auftrieb und Kraft, der Herr seines Schicksals zu sein, sondern unterstützt den Frontalangriff auf den Menschen und seine Zukunft, wie es die Globalstrategie der USA vorsieht, um ihn für die Zwecke des Imperialismus manipulierbar zu machen».

Der Kulturfunktionär forderte die Verlage auf, ihre Funktion als geistigkulturelle, künstlerische Zentren noch ernster zu nehmen, «um das Entstehen von Werken zu fördern, in denen sich das Fühlen, Denken und Handeln der Menschen abzeichnet, die Schrittmacher unserer Entwicklung sind, die unter den Bedingungen der Arbeiter- und Bauernmacht der Vervollendung des Sozialismus, der Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution immer bewusster und aktiver entgegenschreiten und so die sozialistische Zukunft unseres Volkes gestalten». Es komme darauf an, Literatur herauszugeben, die geeignet sei, der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR zu dienen. Die besondere Aufmerksamkeit der Verlage müsse der Literatur der Sowjetunion gelten, die geeignet sei, «uns bei der Erreichung der Ziele zu helfen». Die Verlage müssten die Uebersetzertätigkeit verstärken und beschleunigen sowie die Herausgabe von Gemeinschaftsproduktionen mit sowjetischen Autoren, Autorenkollektiven und Verlagen grössere Aufmerksamkeit widmen.

Start zum Pluralismus

Im Herbst dieses Jahres soll ein ausserordentlicher Kongress des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes abgehalten werden, an dem man fünf Kandidaten des Verbandes für die Parlamentswahlen vom November aufstellen will.

Diese Absicht wurde von Prof. Eduard Goldstücker, Präsident des Schriftstellerverbandes, in einem Interview für das italienische KP-Organ «Unità» bekanntgegeben. Wenn sich diese Ankündigung verwirklicht, wird sie den ersten Schritt zur Institutionalisierung des Pluralismus in der Tschechoslowakei darstellen. Das Monopol der unter KP-Diktat stehenden Nationalen Front zur Aufstellung von Kandidaten würde damit erstmals in einem kommunistischen Land durchbrochen.

Im weiteren gab Prof. Goldstücker bei dieser Gelegenheit bekannt, dass der Schriftstellerverband beabsichtige, neben seiner Wochenzeitung «Literární Listy» auch eine Tageszeitung unter dem Namen «Lidové Noviny» herauszugeben.

In Kürze

Y. Obgleich zwischen Oesterreich und Ungarn erst unlängst eine neue Hochspannungsleitung in Betrieb gesetzt worden ist, funkte der Draht dennoch nicht anlässlich der halbleeren Urania-Premiere der Puszt-Leinwandkunst in Wien. Bald nach Vorstellungsbeginn riss der Film. Man setzte ein falsches Stück an, worauf sich Volksgemurmel erhob, weil prompt auch der Ton ausfiel. Der peinliche Zauber verursachte eine volle Stunde Verspätung. Demzufolge erschienen die murrenden Festgäste erst gegen 23 Uhr beim Kultur- und Presseattaché Kornel Haynal, der nervös und verstört die Pannen seines

Wirkungsfeldes zu entschuldigen versuchte.

*

In Kuba hat man das lange Schlange stehen vor den Geschäften erfolgreich bekämpft: Durch eine neue Polizeiverordnung ist es verboten, sich früher als eine Stunde vor Geschäftsöffnung anzustellen.

*

In Lodz wurden zehn Juden aus der Partei ausgeschlossen. Begründung: Sie hatten gesagt, in der Partei gebe es Antisemitismus. Q. E. D.

*

Vom 5. bis 18. September dieses Jahres findet im Moskauer Sokolniki-Park die erste nationale italienische Messe in der UdSSR statt. Es sollen Ausrüstungen für verschiedene Industriezweige sowie landwirtschaftliche Maschinen vorgeführt werden. Ein entsprechendes Abkommen ist in Moskau unterzeichnet worden.

Geschenksendungen ohne Garantie

Laut einer von kirchlicher Seite durchgeführten Erhebung ist im Geschenkpaketversand von West-Berlin nach der DDR eine Verlustquote von 16 Prozent zu registrieren. Jedes sechste Paket oder Päckchen erreicht seinen Empfänger nicht.

Die Untersuchung bezog sich auf 330

Geschenkpakete, die zwischen dem 1. Januar 1967 und dem 31. März 1968 unter strikter Befolgung der ostdeutschen Vorschriften von privaten Absendern in West-Berlin an private Empfänger in Ost-Berlin und der DDR geschickt wurden. Sie ergab, dass 50 Pakete und acht eingeschriebene Päckchen spurlos verschwanden. In diesen 58 Fällen erhielt weder der Absender eine Beschlagnahmemitteilung, noch erfuhr der Empfänger den Grund der Nichtauslieferung. Weitere zehn Sendungen kamen an die Absender zurück wegen angeblicher Nichtbeachtung der Geschenksendungsverordnungen. Bei mehreren dieser Sendungen fehlten teilweise Kaffee, Zigaretten und Schokolade. Sie wurden von neuem abgesandt und erreichten nun bis auf eines ihre Empfänger.

Durch häufige Anfragen nach den erwarteten Paketen sind die Postangestellten auf den Zustellern peinlich berührt. In der ostdeutschen Bevölkerung glaubt man weitgehend, die Pakete verschwänden im eigentlichen Amtsbereich der Post, vor allem durch Aushilfskräfte an Festtagen. Gelegentliche Zeitungsberichte über die bische Postangestellte tragen zu dieser Meinung bei. Auf der Post weiss man dagegen, dass die verschwundenen Paketsendungen fast ausschliesslich auf das Konto postfremder Kontrollen gehen, die im Namen der Zollverwaltung durchgeführt werden. Von Beschwerden heisst es meistens, sie seien an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden, worauf sich ihre Spur ebenfalls zu verlieren pflegt.

Der SIL 114

«Rollender Salon» wird er stolz genannt, der neue SIL 114 des Moskauer Automobilwerkes Lichatschow. Er ist 6,284 Meter lang und 2,068 Meter breit. Das Lenkrad kann beim Einsteigen des Fahrers hochgeklappt werden und lässt sich anschliessend in die für ihn bequemste Stellung bringen. Der Siebensitzer ist mit einem automatischen Planetengetriebe ausgerüstet, das

dem Chauffeur das Schalten abnimmt. Drucktasten am Armaturenbrett ersetzen den sonst üblichen Schalthebel. Eine besondere Standbremse wird automatisch gelöst, sobald die Fahrertaste gedrückt ist. Der Achtzylinder-Viertaktmotor (7000 cm³) sorgt für eine Leistung von 300 PS. Höchstgeschwindigkeit: 190 km/h, Beschleunigung: 100 km/h in 13,5 Sekunden. Wieviel Stück dieses vornehmen Wagens produziert werden, ist nicht bekannt.

